

# Stimmung der Bevölkerung Friedensvertrag-Vorschlag der Sowjetunion (3)

14. Februar 1959

Information Nr. 9/59 – 3. Bericht über die Stimmung der Bevölkerung derDDR zum Friedensvertrags-Vorschlag der Sowjetunion

## Quelle

BArch, MfS, ZAIG 221, Bl. 16–19 (7. Expl.).

## Serie

Informationen.

## Verteiler

Ulbricht, Matern, Honecker, Norden, Neumann, KGB Berlin-Karlshorst (»Freund«) – MfS: Ablage.

## Verweise

Informationen [3/59](#) und [4/59](#).

Der Friedensvertrags-Entwurf der Sowjetunion<sup>1</sup> und auch die Note zur Lösung der Berlin-Frage<sup>2</sup> sind noch immer Gegenstand vieler Diskussionen unter der Bevölkerung der DDR. Sie sind aber – insgesamt gesehen – doch ziemlich zurückgegangen. Bezeichnend dafür ist, dass es jetzt sehr oft erst eines gewissen Anstoßes zur Diskussion über diese Probleme bedarf, beispielsweise durch Aussprachen und Versammlungen; während vorher spontan und im großen Rahmen dazu Stellung genommen wurde.

In vielen Fällen werden die Diskussionen jetzt auch im Zusammenhang mit den Fragen des XXI. Parteitages der KPdSU<sup>3</sup> und des 4. Plenums des ZK der SED<sup>4</sup> geführt, worüber noch gesondert berichtet wird.<sup>5</sup> An der Argumentation hat sich jedoch nichts Wesentliches verändert. Der weitaus größte Teil aller sich äussernden Personen bezieht eine positive Stellung, die mitunter durch einige Unklarheiten wie z. B. Fragen der Streitkräfte und der Raketenforschung,<sup>6</sup> der Beziehungen zu Österreich<sup>7</sup> u. a. eine gewisse Einschränkung erfährt, aber ohne damit die grundsätzliche Zustimmung aufzuheben. Diese Unklarheiten, die teilweise bis zur Ablehnung der entsprechenden Artikel führen, stehen jedoch in keinem Verhältnis zu den nach wie vor sehr weit verbreiteten Diskussionen über die Grenzregelung, die den Hauptanteil aller unklaren, zweifelnden, ablehnenden und direkt feindlichen Stellungnahmen ausmachen.<sup>8</sup>

Auch wird in den verschiedensten Bevölkerungskreisen noch ziemlich häufig – bei Weitem aber nicht in diesem starke Maße, wie bei den Grenzfragen – die Ansicht vertreten, dass »Freie Wahlen« [sic!] stattfinden müssten. Besonders von kirchlichen und kirchlich gebundenen Kreisen wird der Artikel über die Grundrechte und Grundfreiheiten des Menschen<sup>9</sup> angeführt, um damit zum Ausdruck zu bringen, dass diese Rechte und Freiheiten in der DDR nicht existieren würden und auch für die Zukunft keine Garantien dafür vorhanden seien. Aber auch dieses feindliche Argument ist nicht allgemein verbreitet.

Nachstehend einige neue Argumente, die aber auf keinen Fall zu verallgemeinern sind, sondern nur Einzelbeispiele darstellen:

- Adenauer<sup>10</sup> wird sich dazu nicht hergeben; auch die SU und die DDR müssen das Potsdamer Abkommen einhalten. Die Aufrüstung in Westdeutschland habe sich aus der DDR ergeben. (technische Intelligenz im VEB Hochbau Karl-Marx-Stadt)<sup>11</sup>
  - Man sollte aus den ehemaligen Ostgebieten eine neutrale Zone machen, wo die Menschen aller Nationen, die früher dort gelebt haben, wohnen können. Dies wäre gleichzeitig eine Regelung, um den Westmächten den Wind aus den Segeln zu nehmen. (VEB Energie-Versorgung Neubrandenburg)<sup>12</sup>
  - Durch Verhandlungen mit Polen die Rückkehr in die ehemaligen deutschen Gebiete zu ermöglichen, da es ja durch die Existenz der DDR mehr möglich sei, dass sich der westdeutsche Militarismus dort ein Aufmarschgebiet gegen die SU schafft. (Eine Sekretärin bei der Deutschen Lufthansa)<sup>13</sup>
  - Die DDR sollte einen Teil des Hafens Stettin zurückbekommen, weil sonst die Binnenschifffahrt stark behindert sei. (Ein Binnenschiffer)
  - Die durch die Oder-Neiße-Grenze getrennten Städte müssten wieder zusammengeführt werden, wobei die Grenzen östlich dieser Städte verlaufen sollten. (Einzelstimmen in den Bezirken Cottbus und Dresden)
  - Es müssten »Freie Wahlen« [sic!] unter Aufsicht neutraler Staaten stattfinden. (Beschäftigte in der Küche der Humboldt-Universität)
  - Die Vorschläge sind gut, sie müssten aber durch eine Wahl entschieden werden. In Westdeutschland müssen die Konzerne weg und in der DDR die »Kolchosen«<sup>14</sup>. (Ein Traktorist aus Herold, [Bezirk] Karl-Marx-Stadt)<sup>15</sup>
  - Der Abzug der Westmächte aus Berlin würde bedeuten, dass man uns dann in die LPG zwingen wird. (Von Bauern mehrerer Gemeinden in Bezirk Karl-Marx-Stadt)
  - Wenn Deutschland keine modernen Waffen besitzen soll, brauchen wir auch keine Nationale Volksarmee. (Mit dieser Begründung lehnte ein Jugendlicher aus Stendal den Eintritt in die NVA ab.)
  - Wenn das Militär aus Westberlin abgezogen wird, muss auch die NVA und die Regierung der DDR aus Berlin abziehen. (Ein Disponent von VEB Webstuhlbau Karl-Marx-Stadt)<sup>16</sup>
  - Durch den Fall Dombrowski<sup>17</sup> sei das ganze Berlinproblem ins Wasser gefallen, weil nicht in Westberlin, sondern in der DDR und in Ostberlin die größte Spionage betrieben würde. (MZ Zschopau)<sup>18</sup>
  - Wir wollen erst einmal den Sommer abwarten, wenn von unserer Seite aus nach Westberlin hin alles dicht gemacht wird und der zweite Winter steigt.<sup>19</sup> (Angestellte eines HO-Geschäftes in Bautzen)
- In Neustadt, [Kreis] Kyritz, [Bezirk] Potsdam, wird das Gerücht verbreitet, dass hauptsächlich von Polen und der ČSR Bestrebungen ausgingen, ein System der »Vereinigten Staaten von Europa« zu schaffen.
- Im Gebiet der SDAG Wismut<sup>20</sup> tauchten folgende Fragen auf:
- Wie erfolgt die Verurteilung von Agenten und Saboteuren vonseiten unserer Regierung in Verbindung mit dem Artikel 14?
  - Wie erfolgt die Begleichung ausländischen Kapitals? (Artikel 34)<sup>21</sup> Fallen darunter Betriebe wie die Kammgarnspinnerei Meerane, die französisches Kapital war?<sup>22</sup>
- Superintendent Voigt aus Freienwalde, [Bezirk] Frankfurt/O.,<sup>23</sup> bezweifelt, ob die Grundrechte und Grundfreiheiten nach Abschluss des Friedensvertrages auch eingehalten werden. »In unserer Verfassung stehen sie auch, aber ich fühle mich irgendwie eingeeengt.« Rektor Pfarrer Hamel<sup>24</sup> vom Katechetischen Oberseminar Naumburg<sup>25</sup> erklärte zu diesen Fragen, dass sie im Artikel konkreter formuliert sein müssten. Eine andere, nicht an bestimmte Personenkreise gebundene Ansicht, dass es jetzt jeden Tag soviel neue politische Schritte und Erklärungen gibt, die man gar nicht alle verdauen kann und wo man einfach nicht mehr mitkommt, wird in letzter Zeit ziemlich oft vertreten.

1

Im Januar 1959 legte die Sowjetunion den Entwurf eines Friedensvertrages der im Zweiten Weltkrieg an den Kämpfen gegen Deutschland beteiligten Staaten mit der DDR und der Bundesrepublik den Besatzungsmächten als Vorschlag vor. Am 10.1.1959 überreichte der Botschafter der Sowjetunion M. G. Perwuchin diesen Entwurf Walter Ulbricht. Als Voraussetzungen für den Abschluss des Vertrages werden darin der Austritt beider deutscher Staaten aus allen Militärbündnissen, der Verzicht auf moderne Waffensysteme, keinerlei Ansprüche auf die ehemals deutschen Ostgebiete und der Abzug aller Besatzungstruppen formuliert. Zum Wortlaut des Entwurfes siehe ND v. 11.1.1959.

2

Am 27.11.1958 übergab das sowjetische Außenministerium den westlichen Besatzungsmächten USA, Großbritannien und Frankreich eine Note, in der die Sowjetunion ankündigte, der DDR die volle Kontrolle über die Verbindungswege zwischen Westdeutschland und Westberlin zu übertragen, sollte es nicht innerhalb eines halben Jahres zu einer vertraglichen Vereinbarung der alliierten Mächte kommen, die Westberlin den Status einer entmilitarisierten Freien Stadt garantierte. Dies beinhaltete den Abzug der Truppen der Westalliierten aus der Stadt. Damit kündigte die Sowjetunion den Viermächte-Status Berlins quasi auf. Diese Note war dem Vorschlag für einen Friedensvertrag mit den beiden deutschen Staaten vom Januar 1959 vorausgegangen und leitete die sogenannte zweite Berlin-Krise ein. Vgl. Wettig, Gerhard: Chruschtschows Berlin-Krise 1958 bis 1963. Drohpolitik und Mauerbau. München 2006.

3

Der XXI. Parteitag der KPdSU fand vom 27.1. bis 5.2.1959 in Moskau statt und ging als »Parteitag der Erbauer des Kommunismus« in die kommunistische Geschichtsschreibung ein. Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Wirtschaftspolitik. Der laufende Fünfjahrplan wurde abgebrochen und ein Siebenjahrplan für die Jahre 1959 bis 1965 beschlossen mit dem ambitionierten Ziel, die USA in der Pro-Kopf-Produktion von Konsumgütern bis 1970 zu überholen. Aber auch die Entstalinisierungskampagne sollte fortgeführt werden. In seiner Abschlussrede ging Chruschtschow noch einmal auf den Vorschlag der Sowjetunion zu einem Friedensvertrag und die Reaktionen der westlichen Länder ein (vgl. ND v. 6.2.1959).

4

Das 4. Plenum des ZK der SED tagte vom 15. bis 17.1.1959. Walter Ulbricht stellte den sowjetischen Vorschlag zu einem Friedensvertrag mit Deutschland als zentrale »Frage der Zukunft Deutschlands« in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Außerdem standen die »Entwicklung in der DDR nach dem V. Parteitag«, insbesondere in der Wirtschaft und im Bildungswesen, auf der Tagesordnung. Vgl. ND v. 18.1.1959.

5

Eine Information, die explizit das 4. Plenum des ZK der SED thematisiert, ist nicht überliefert.

6

Der sowjetische Vorschlag für einen Friedensvertrag mit Deutschland sah den Aufbau eigener deutscher Streitkräfte vor, die mit dem notwendigen Kriegsmaterial, Waffen und Geräten ausgerüstet werden sollten. Darüber hinaus sollte Deutschland der Erwerb, der Besitz und die Produktion von ABC-Waffen, Raketen und gelenkten Geschossen, Bombenflugzeugen und U-Booten verboten werden. Alle ausländischen Truppen sollten nach Inkrafttreten des Vertrages aus Deutschland abgezogen und zukünftig auch nicht mehr stationiert werden. Vgl. ND v. 11.1.1959.

7

Der Vorschlag eines Friedensvertrages sah vor, dass Deutschland die Gültigkeit des Staatsvertrages vom 15.5.1955, das darin enthaltene Anschlussverbot sowie die volle Souveränität, Unabhängigkeit und die Neutralität Österreichs anerkennt. Um der Gefahr des Anschlusses vorzubeugen, werden Deutschland jede Formen von Abkommen und Maßnahmen verboten, die eine Union mit Österreich zur Folge hätten. Vgl. ND v. 11.1.1959.

8

In dem Entwurf eines Friedensvertrages wird Deutschland als Staat in den Grenzen vom 1.1.1959 beschrieben. Dies gilt auch für den Grenzverlauf zwischen der DDR und der Bundesrepublik bis zur Vollendung der angestrebten staatlichen Einheit. Beide deutsche Staaten sollen in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen von 1945 auf alle Rechte und Ansprüche auf die ehemaligen deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Grenze einschließlich der Städte Danzig und Kaliningrad (Königsberg) verzichten, außerdem die Ungültigkeit des Münchner Abkommens und die Zugehörigkeit des ehemaligen Sudetengebietes zur Tschechoslowakei sowie das Gebiet Elsass-Lothringens als französisches Staatsgebiet anerkennen. Vgl. ND v. 11.1.1959.

9

Artikel 14 und 15 des sowjetischen Vorschlags für einen Friedensvertrag mit Deutschland regelt die Einhaltung der Grundfreiheiten und Menschenrechte durch den deutschen Staat, »einschließlich der persönlichen Freiheit, der Freiheit des Wortes, der Presse und Veröffentlichungen, des religiösen Kultes, der politischen Anschauungen, des Zusammenschlusses und der Versammlungen«. Niemand dürfe aufgrund seiner »Rasse, des Geschlechts, der Sprache, der Religion, der Nationalität, der Herkunft, der politischen Überzeugung oder der Parteizugehörigkeit« in keinerlei Hinsicht diskriminiert werden. Deutschland verpflichte sich, allen nach dem Potsdamer Abkommen umgesiedelten Personen die vollen deutschen staatsbürgerlichen Rechte zuzuerkennen. Die Verfolgung von Personen, die während des Zweiten Weltkrieges im Interesse der alliierten Mächte gehandelt haben, durch deutsche Behörden oder deutsche Bürger solle verboten werden. Vgl. ND v. 11.1.1959.

10

Konrad Adenauer, Jg. 1876, CDU-Politiker, 1949–63 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, 1950–66 Bundesvorsitzender der CDU.

11

Es handelt sich hier offensichtlich um den VEB Hochbauprojektierung Karl-Marx-Stadt. Der Betrieb wurde 1954 gegründet und 1958 in das Entwurfsbüro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung umgebildet. 1965 wurde diese vornehmlich mit stadtplanerischen und städtebaulichen Aufgaben betraute Einrichtung durch das Büro für Städtebau beim Rat des Bezirkes Karl-Marx-Stadt abgelöst. Vgl.

[www.archiv.sachsen.de/archiv/bestand.jsp?oid=04.01.03&bestandid=30416&syg\\_id=#geschichte](http://www.archiv.sachsen.de/archiv/bestand.jsp?oid=04.01.03&bestandid=30416&syg_id=#geschichte) (letzter Abruf: 24.11.2021).

12

1958 wurde die Energieversorgung endgültig der administrativen Einteilung der DDR in 14 Bezirke plus Ostberlin angepasst. Im Bezirk Neubrandenburg war demzufolge der VEB Energiekombinat Neubrandenburg für die gesamte Energieversorgung zuständig. Der Betrieb war in zwei Direktionsbereiche eingeteilt, die für die Versorgung mit Strom und Gas verantwortlich zeichneten, online abrufbar unter: [de.wikipedia.org/wiki/Energiekombinat](http://de.wikipedia.org/wiki/Energiekombinat) (letzter Abruf: 24.11.2021).

13

Die Deutsche Lufthansa GmbH der DDR war die erste Fluggesellschaft der DDR und stand in keiner Beziehung zur bundesdeutschen Deutsche

Lufthansa AG. Sie unterstand dem Ministerium des Innern der DDR. Als Gründungsdatum gilt der 1.7.1955, der Tag der Ernennung der ersten Betriebsleitung der Deutschen Lufthansa GmbH durch den Ministerrat der DDR. Im September 1963 wurde die Airline mit der 1958 gegründeten Interflug, Gesellschaft für internationalen Flugverkehr mbH zusammengelegt und unter der Firmenbezeichnung Interflug weitergeführt.

14

Gemeint sind LPG.

15

Es handelt sich um den Ort Herold im ehemaligen Bezirk Karl-Marx-Stadt, heute ein Ortsteil der Stadt Thum im Erzgebirgskreis.

16

Der VEB Webstuhlbau Karl-Marx-Stadt war der Vereinigung Volkeigener Betriebe Textilmaschinenbau Karl-Marx-Stadt zugeordnet und produzierte mittelschwere bis schwere Webmaschinen.

17

Siegfried Dombrowski, Jg. 1916, Offizier der NVA, stellv. Stabschef der Militärischen Aufklärung der NVA, floh im August 1958 nach Westberlin, nachdem er bereits seit Februar 1957 von der Spionageabwehr des MfS (HA II) überwacht worden war. Der Fall Dombrowski wurde von amerikanischer und bundesdeutscher Seite genutzt, um zu beweisen, dass Ostberlin ein ostdeutscher und sowjetischer Spionagepfuhl sei.

18

MZ steht für VEB Motorradwerk Zschopau. Das Werk galt bis zum 1.7.1990 als weltweit größter Hersteller von Motorrädern.

19

Hier wird auf den Aufstand vom 17. Juni 1953 rekurriert.

20

Die Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft (SDAG) Wismut war ein Bergbauunternehmen, das an verschiedenen Standorten in Sachsen und Thüringen Uran förderte und aufarbeitete. Dieses Uran bildete die Rohstoffbasis der sowjetischen Atomindustrie. Die SDAG Wismut war eines der größten Industrieunternehmen in der DDR. Ihre Bedeutung wurde u. a. dadurch unterstrichen, dass die SED-Parteileitung des Unternehmens den Rang einer SED-Bezirksleitung hatte.

21

In Artikel 34 des sowjetischen Vorschlags für einen Friedensvertrag wird Deutschland verpflichtet, »die legitimen Rechte und Interessen der Verbündeten und Vereinten Mächte und ihrer Bürger in Deutschland« wiederherzustellen und deren Eigentum zurückzugeben bzw. eine Entschädigung zu zahlen, wenn dies nicht mehr möglich ist. Bei der Befriedigung der Schadenersatzansprüche dürfe Deutschland »keinerlei Diskriminierung« zulassen. Vgl. ND v. 11.1.1959.

22

An der Kammgarnspinnerei Meerane AG war vor dem Zweiten Weltkrieg ein Großaktionär aus Colmar/Elsass beteiligt. Die Kammgarnspinnerei wurde mit Wirkung vom 1.1.1969 dem VEB Glauchauer Kammgarnspinnerei angeschlossen.

23

Im Original: »Vogt«. Dietmar Voigt, Jg. 1905, evangelischer Theologe, 1951–68 Superintendent in Bad Freienwalde.

24

Johannes Hamel, Jg. 1911, evangelischer Theologe und Kirchenlehrer, 1952 wegen »Boykotthetze« festgenommen und in der Untersuchungshaftanstalt »Roter Ochse« in Halle inhaftiert, Freilassung aufgrund heftiger, auch internationaler Proteste im Juli 1953, 1955–76 Dozent für praktische Theologie und zeitweise Rektor am Katechetischen Oberseminar in Naumburg/Saale.

25

Das Katechetische Oberseminar in Naumburg war eine Hochschule in der Trägerschaft der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen. Sie wurde 1949 gegründet und ermöglichte ein Theologiestudium außerhalb der theologischen Sektionen an den staatlichen Universitäten. Vgl. Schröter, Ulrich; Schulze, Harald (Hg.): Im Schatten des Doms. Theologische Ausbildung in Naumburg 1949–1993. Leipzig 2012.